

Der Corona Bericht aus der Reisebranche ab 16.03.2020 Beginn:

16.03./18.03.2020, TUI, FTI melden die Einstellung Ihrer Geschäftstätigkeit. >> drohende Insolvenz.

Aktuelle Hinweise und Hintergründe und Ursachen:

Die Branche, insbesondere die Reisebüros und Kunden sind nach der Thomas Cook Pleite, die sich bereits im Februar 2019 abgezeichnet hatte, unverschuldet betroffen.

Der Bundesregierung war die Schieflage der Thomas Cook Gruppe seit Februar 2019 bekannt.

Eine Pediton wurde ungeachtet von der Bundesregierung, nicht wahrgenommen. Noch nicht mal diskutiert, so wie es in einer Demokratie geboten und üblich sein sollte!

Das Pauschalreisegesetz mit allen bekannten Fehlern, die jetzt und in der jüngsten Vergangenheit zum Vorschein kommen, in einer Nacht und Nebel Aktion im Bundestag verabschiedet.

Durch Untätigkeit und ohne Warnung sind dann bekanntlich hunderttausende Menschen gestrandet und warten und warten immer noch auf Ihr zugesagtes Geld.

Zudem verweigern die Insolvenzverwalter, die Bundesregierung, den Reisebüros und Gäste Ihre zustehenden zu 100% Zahlungen! Seit September 2019!

Bankenkrise, Aschewolke, Air Berlin Pleite, Germania Pleite, JT Touristik Pleite, Thomas Cook Pleite, Öger Tours Pleite, AirMarin Pleite, Bucher Reisen Pleite uvm., Condor Pleite die 2. folgt demnächst, jetzt die nächste Wirtschaftskrise!

Die zugesagten Hilfen der Bundesregierung sind bis heute nicht erfüllt worden.

Und es wird wieder beraten, beraten und wie bisher, Geschichten in den Medien verbreitet. Taten und Ausgleichszahlungen an die Betroffenen folgen nicht!

Kommentar:

„In einer Zeit, in der die Kunden selbst nicht wissen, wie es weitergeht, kann man nicht erwarten, dass Kunden und Reisebüros zu Banken der Veranstalter gemacht werden.“ Die Bundesregierung müsse als Bürge für die Veranstalter im Hinblick auf die zu erstattenden Kundengelder sowie die Provisionen eintreten, „denn die Bundesregierung hat es wieder einmal wider besseren Wissens versäumt, eine funktionierende Kundengeldabsicherung zu verabschieden.“

27.03.2020: Noch kaum Geld für Reisebüros und Veranstalter: Als besorgniserregend bezeichnet der DRV das Ergebnis einer internen Umfrage, an der fast 700 Mitgliedsunternehmen teilgenommen haben. Demnach haben 90 Prozent der Veranstalter und Reisebüros noch kein Geld aus den Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung bekommen. „Und das in dem Wissen, dass sie ohne schnelle und unbürokratische Liquiditätshilfen bald am Ende sind“.

Viele Reisebüros haben schon bei der Thomas Cook Insolvenz Kredite aufgenommen, da der Lohn von Thomas Cook und zahlreiche weiteren Veranstalter, Airlines, Insolvenzverwalter und die zugesagten Hilfen der Bundesregierung nicht gezahlt werden. Wer und wie sollen diese Kredite auch zurückgezahlt werden? Hier wurde ein Zinssatz bis 7% p.a. genannt!

30.03.2020, 18.15 Uhr:

Die Stadt Hamburg hat trotz Ankündigung, bis heute nicht geschafft, ein Formulat/Antrag für die Soforthilfe einzustellen. Das ist Fakt!

Der Senator und der Wirtschaftsminister Altmaier erzählen in den Medien weiter Geschichten. Diese werden auch noch ungeprüft von den Medien weitergegeben. - Siehe Hintergründe "Offener Briefe" ! Soforthilfe sieht anders aus....

30.03.2020 TUI, FTI, DER REWE Gruppe haben die Telefone abgestellt und den Betrieb eingestellt. Ist TUI insolvent?

Trotzdem erhält TUI ungeprüft einen Kredit in der Höhe von 1,8 Milliarden von der KfW. – eine ähnliche Soforthilfe gibt es für Reisebüros bisher nicht. Deshalb warnt der VUSR die Bundesregierung vor einer "Politik für Großkonzerne" in der Krise. In den Reisebüros stünden bundesweit mindestens so viele Arbeitsplätze auf dem Spiel wie bei TUI und Lufthansa zusammen.-

Somit kommen die Reisebüros in eine bedrohliche Lage.

- In vielen Reisebüros müssen Angestellte bezahlt werden und die Kosten laufen weiter. Die Reisebüros müssen ohne Lohn jetzt die Rückabwicklung von Reisen ab Juni 2019 bis Juni 2020 bearbeiten.

Die ersten müssen Kurzarbeit bzw. Arbeitnehmer Arbeitslosigkeit anmelden! Die ersten Insolvenzen werden angemeldet. Soforthilfen kommen nicht! - Lippenbekenntnisse von Regierungsmitarbeiter helfen uns nicht.

Angekündigte Milliardenzahlungen oder vereinfachte Kreditaufnahmen auch nicht.

Die Banken verweigern die Kreditaufnahme. Das ist Fakt. Berichte unserer Klein- und mittelständischen Firmenkunden.

02.04.2020: In der Diskussion um die **Gut-Schein-Kredit Lösung** schließt sich der Verband unabhängiger selbstständiger Reisebüros (VUSR) dem Verband Internet Reisevertrieb (VIR) an und fordert einen **Rettungsfonds für die Branche**. Demnach sollen die Veranstalter und Leistungsträger die Rückzahlungen des Reisepreises in den „Deutschen Reise-Rettungsfonds“ auslagern können, aus dem dann die Kunden entschädigt werden. Schuldner wäre

die Bundesrepublik Deutschland. Aus den Kundengeldern, die bei den Veranstaltern verbleiben, sollen die Reisebüros verprovisioniert werden. Nach der Krise könnten die Veranstalter und Airlines einen Beitrag in ihre Angebote einpreisen, um den Fonds wieder auszugleichen. Der Gutschein-Idee erteilt der VUSR eine Absage. „Gutscheine verkörpern eher ein Sterben der Branche auf Raten“, heißt es in einem Positionspapier. Der Verband befürchtet, dass den Veranstaltern nach dem Ende der Krise die Finanzmittel fehlen, um die gebuchten Reisen auch durchzuführen. - **Ausführliche Infos gibt es >> [hier mehr lesen...](#)**

08.04.2020 Grüne Justizminister kritisieren Gut-schein-Kredit-Lösung

Die Justizminister von Berlin, Hamburg, Sachsen und Thüringen, alle Mitglieder der Grünen, kritisieren die Gut-schein-Kredit lösung der Bundesregierungen. „Die geplanten Neuregelungen bei abgesagten Pauschalreisen sind in jeder Hinsicht unausgewogen, unfair und europarechtswidrig“, heißt es in einer Mitteilung. Das Europarecht, und deutsches Recht sehe vor, dass eine Rückerstattung binnen 14 Tagen zu erfolgen habe. Die Bundesregierung könne dies nicht auf nationaler Ebene ändern und stattdessen Gut-schein-Kredit Lösungen mit einer Laufzeit bis zum Ende 2021 anordnen. Anstatt Verbraucherinnen und Verbraucher ungewünscht zum Darlehensgeber von zinslosen Darlehen für Unternehmen zu machen, solle die Bundesregierung auf Freiwilligkeit setzen. „Wir sehen natürlich, dass auch die Unternehmen jetzt schnell Hilfe brauchen. Bei einem zinslosen Kredit durch Kundinnen und Kunden gleich bis zum 31. Dezember 2021 fehlt jedoch jeder Anreiz für die Reiseveranstalter und Airlines, den Betrag bei vorhandener Liquidität früher wieder auszuzahlen.“

„Kein Politiker soll sich wegducken können und sagen, er hätte nichts gewusst!“

VUSR warnt vor "Politik für Großkonzerne" und fordert Rettungsfonds für die Branche

08.04.2020 Kommentar: Mein Dank an diese Justizminister.

Zudem wird hier versucht, wieder ein Gesetz rückwirkend gelten zu lassen.

Die Argumentation sollte sich jedoch nicht nur auf die Unausgewogenheit und Europarechtswidrigkeit beschränken. (bis sich das Europarecht durchsetzt, ist 2021 vorbei!) Es handelt sich um eine Zwangsanleihe u.a. zu Abwendung staatlicher Haftung (siehe Thomas Cook-Pleite), die von einem Personenkreis ein Sonderopfer verlangt, das auch verfassungswidrig ist, von der Art und Weise, wie das geplante Gesetz zustandekommen soll, einmal abgesehen. Die betroffenen Personen haben die Vorkasse nur aufgrund gesetzlicher Garantie geleistet. Das Gutschein-Vorhaben wird nicht nur das Vertrauen in die Tourismuswirtschaft zerstören, sondern auch in den Staat und das Parlament. Obwohl der Staat leistungsfähig ist, will er sich diesen Vertrauensbruch gegenüber den Bürgern leisten, nur weil Niedersachsen und NRW ihren touristischen Flaggschiffen so hörig sind, wie Ihren Autobauern.

14.04.2020 Wir bedanken uns...

für die zahlreichen Dankes-Rückmeldungen und Hinweise für unsere Bearbeitung in der Krise.

Gerne haben wir für Sie u.a. mit zahlreichen Veranstaltern, Hotels, Leistungsträger telefoniert, Fragen telefonisch und per E-Mail beantwortet und weitere hinreichende Informationen zur aktuellen Lage gegeben.

Wir haben eigenständig die Rückführungen unserer Gäste aus Skandinavien durchgeführt. Alle Gäste die bei uns gebucht haben sind wieder zu Hause!

....bald haben wir es geschafft. Und nein, leider kann noch keine Rede davon sein, dass wir Corona im Griff hätten.

Aber dem Menschenmöglichen sind wir hier ein Stück näher gekommen: Von unseren gestrandeten Gästen haben wir alle zurückgeholt.

Wir waren mit anderen Gästen in Norwegen zum Skilanglauf bzw. waren Gäste zum Winterangeln, und selber persönlich betroffen. Wir haben rund um die Uhr Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, und sie nach Hause geholt. Eine Bitte an Sie:

Haben Sie ein wenig Geduld. Geben Sie uns und den Leistungsträgern die Chance, Ihnen für die Reisen, die ggf. im April und Mai ausfallen müssen, ein Angebot zu machen, das Ihre Vorfreude wachhält. Der schöne Traum, das ungetrübte Glück. Nur etwas später eben. Wir stehen Ihnen zur Verfügung.

Bei Fragen-einfach anrufen, wir beantworten, wie bisher, Ihre Fragen. Auch das schafft unser Team noch.

16.04.2020 Wie so oft in den letzten Wochen war in den Medien auch gestern wieder einmal nicht vom Tourismus die Rede – die am stärksten betroffenen Branche wird nicht beachtet! Weder bei den staatlichen Hilfen, noch bei den Lockerungen der verhängten Maßnahmen - als die Bundeskanzlerin die nächsten Schritte im Kampf gegen die Corona-Pandemie vorstellte. Die versprochenen sogenannten Soforthilfen sind bei vielen Antragsteller Reisebüros nicht angekommen. Die Aussage durch die Bundesregierung u.a. Herr Altmaier entsprechen nicht den Tatsachen aus den Büros.

Für Europas größten Reisekonzern TUI kommt ggf. Rettung durch Steuergelder in Sicht. Wie das Bundeskartellamt am Dienstag auf Nachfrage mitteilte, erhält der Urlaubsveranstalter aus Hannover die Erlaubnis, mit dem Wettbewerber DER REWE Touristik einen gemeinsamen Kapitalstock zur Kundengeldabsicherung aufzubauen. In ihn wollen beide Konzerne zusammen 130 Millionen Euro Liquidität einbringen.

Kommentar: >> Das ist zu wenig bei dem Umsatz! Es sollten, müssen 130 Milliarden sein.

Um eine verlässliche Absicherung von Kundenanzahlungen zu erreichen, ohne die Reiseveranstalter für Urlaubspakete kein Geld annehmen dürfen, hatte die Finanzaufsicht Bafin der TUI – wie auch der Rewe-Tochter DER Touristik – ein letztes Ultimatum bis zum 28. April gesetzt.

Es wird seit Monaten von den Konzernen die gesetzliche Rückzahlungen der An-und Restzahlungen an den Kunden, Leistungsträger, Hotels, Reisebüros verweigert. >> **Das ist Rechtsbruch.**

Die Fluggesellschaften verfahren ebenso und haben die Systeme zur Erstattung abgestellt. >> **Das ist Rechtsbruch.** Bei dem geltenden Recht muss der Veranstalter bei Absage einer Reise innerhalb von 14 Tagen die Anzahlungen zurück zahlen. Fluggesellschaften innerhalb 7 Tage.

Es stehen somit noch Milliardenforderungen/Zahlungen an den Kunden, Leistungsträger, IT Dienstleister, Hotels usw., Reisebüros aus.

Leider wird das Kartellamt und die BAFIN-Aufsichtsbehörde dem Anliegen der Konzerne wohl zustimmen. **Dadurch befürwortet eine Aufsichtsbehörde massive Verstöße gegen geltendes Recht!**

Dabei gibt es andere und bessere, nachhaltigere Lösungen. Diese wurden wie bereits im Frühjahr 2019, wie immer ignoriert, von der Bundesregierung, Bundestag und den Aufsichtsbehörden.

siehe unten >> Detaillierte Erläuterung der Fondslösung für die Touristik – VIR/ASR.

16.04.2020 Hinweis: Für Firmen und Soloselbständige:

Anrechnung von Soforthilfe auf Kurzarbeitergeld und Leistungen aus einer privaten Betriebsschließungsversicherung. Wie lautet in Sachen Betriebsschließungsversicherung jetzt die richtige Empfehlung an unsere Kunden?

Beitrag von unserem NetzwerkPartner in Versicherungstechnische und allgemeinen Rechtsfragen! >> [hier mehr lesen](#). - Unmut über von der Leyen - keinen Sommerurlaub planen- und Schäuble-Vorschlag,

Mit Unverständnis und Vehemenz reagiert der Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW) auf den Vorschlag von Wolfgang Schäuble, wegen der Coronakrise die Sommerferien zu verkürzen. „Unternehmen wie Bürger brauchen Verlässlichkeit und Planbarkeit, statt weiterer Verunsicherung durch eine völlig unnötige und unverantwortliche Diskussion, die der Bundestagspräsident heraufbeschwört“, schimpft BTW-Generalsekretär Michael Rabe. „Wir alle hoffen, dass im Sommer Reisen und Ausflüge zumindest in Teilen und unter Auflagen wieder möglich sein werden. Vor diesem Hintergrund halten wir die Forderung von Wolfgang Schäuble sowohl aus wirtschaftlicher wie auch aus gesundheitlicher Sicht für unverständlich und unverantwortlich.“ Für die Unternehmen der Tourismuswirtschaft würden eingeschränkte Ferienzeiten zusätzlich zu den schon erfolgten massiven Schäden weitere kaum verkraftbare Umsatzverluste bedeuten. Rabe: „Unsere Branche ist von der Coronakrise schon jetzt so betroffen wie keine zweite. Es herrscht blanke Existenzangst und wir brauchen endlich mehr politisches Verständnis für die Schäden, die die bislang fraglos notwendigen Coronamaßnahmen in unserer Branche anrichten.“ Der Vorschlag Schäubles lasse jedoch genau dieses Verständnis vollends vermissen.

17.04.2020 Achtung: Wir vermuten das die Reisebeschränkungen der Bundesregierung bis zum 19.06.2020 verlängert werden. siehe Infektionsschutzgesetzes (IfSG).

Warum: Die Fluggesellschaften z.B. Eurowings, stornieren jetzt bereits die Flüge bis zum 25.05.2020 und länger!!

Kommentar: Die Totengräber der Touristik sind wieder unterwegs: Was sind das für Menschen, es stellt sich die Frage: welche Beraterverträge haben die jetzt?

Fazit: Die Konzerne bekommen ungeprüft Milliarden aus Steuergelder, die kleinen und der Mittelstand, die Kunden bekommen Ihr Geld nicht zurück. Geltendes Recht wird ignoriert. Wir Reisebüros/Strafrechtler,Rechtsanwälte stellen durch die Politiker-der Bundesregierung zahlreiche Rechtsbrüche fest.... weiter so !

20.04.2020 Der zuständige Kommissar für Justiz, DidierReynders, informierte die EU Regierung bereits am **06.04.2020** und die Presse, das **doch bereits am 9. April, ein Brief an die Regierungen geschickt wurde:**

“Commissioner Reynders, on behalf of the European Commission, wrote a letter to all Member States and is liaising with business and consumer associations to ensure that appropriate actions are taken at national level that strike the right balance between consumer protection and support to travel and tourism businesses.” ...

“Kommissar Reynders hat im Namen der Europäischen Kommission ein Schreiben an alle Mitgliedstaaten geschrieben ...”

(Quelle: https://ec.europa.eu/newsroom/just/item-detail.cfm?item_id=674033)

Ist dieses Schreiben denn in Berlin nicht angekommen?

Dann vielleicht nochmal bei Twitter gucken, wo Herr Reynders am 9. April zusätzlich – in französisch, englisch und deutsch – schrieb: “Ich wiederhole meinen Aufruf den #Verbraucherschutz zu respektieren und meine Unterstützung für die Reise- und Tourismusbranche hinsichtlich der Pauschalreisen.” (Quelle: <https://twitter.com/dreynders> – 9. April 2020)

Der portugisische Reiseverband nahm diese Äußerungen des EU Kommissars direkt auf – und es heißt in der Presse dort sogar, er habe applaudiert, endlich Klarheit zu haben.

Zu den Regelungen für Flüge äußerte sich die Kommissarin für Mobilität und Verkehr, Frau Valean, bereits am 08. April gegenüber Reuters und nahm sogar Bezug auf die besondere Situation von Lufthansa:

” ‘We are aiming at considering an encouragement towards consumers to pick up on vouchers, if this kind of instrument is properly guaranteed through a governmental fund or something,’ she said. ” (Quelle:

<https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-eu-transport/airlines-must-refund-flights-cancelled-because-of-coronavirus-eu-idUSKCN21Q2L2>)

Wichtig: Auch Flug-Gutscheine müssen abgesichert sein –

von der Bundesregierung lt. Beschluss vom 02. April bisher so nicht vorgesehen. Im Pauschalreisegesetz aus 2018 ebenfalls nicht erwähnt!

23.04.2020, 18.15 Uhr Lufthansa Group hat keine Reserven mehr. >> Insolvenz ?

Kommentar: Die Reisebüros, Reisekunden, Leistungsträger werden hier Milliarden verlieren!

Angesichts des Geschäftsausblicks, bestehender Verbindlichkeiten in Milliardenhöhe "an die Reisebüros" aus Lieferungen und Leistungen von Reiseveranstaltern und aus Kundenanzahlungen für Tickets von stornierten Flügen sowie anstehender Rückzahlungen von Finanzverbindlichkeiten geht der Konzern jedoch von einem deutlichen Rückgang der Liquidität in den nächsten Wochen aus. Es sei nicht damit zu rechnen, dass der entstehende Kapitalbedarf mit weiteren Mittelaufnahmen am Markt gedeckt werden könne, heißt es.

Kommentar: Wo ist das bereits gezahlte Geld geblieben für bereits bezahlte Flüge von Reisebüros und Kunden? Die Banken geben Lufthansa kein Geld, Kredit mehr. Wo sind die Aktionäre? Somit Zahlungsunfähig >> Insolvenz?

Sollte hier die Bundesregierung wieder ungeprüft Steuergelder von über 10 Milliarden verschwenden?

Seit Wochen duldet die Bundesregierung Rechtsbrüche und schreitet nicht öffentlich ein, damit die Großkonzerne Ihre Verpflichtungen nach geltenden Recht nachkommen müssen.- Alle Reisebüros und kleine Reiseveranstalter werden weiterhin diskriminiert und bekommen keinen Cent.

VUSR fürchtet um über 100.000 Arbeitsplätze in den Reisebüros!

Kommentar: Es stellt sich die Frage, wer bearbeitet dann die Gutscheine der Kunden?

Sollte es zum „Zwangsgutschein“ bei abgesagten Reisen kommen, sieht der Verband unabhängiger selbstständiger Reisebüros (VUSR) 100.000 Arbeitsplätze im Reisebürovertrieb in Gefahr. „**Offenbar hat der Bund** zum Ziel, in einer Größenordnung von rund **1,8 Milliarden Euro circa 4.000 Arbeitsplätze bei der TUI zu retten**“, mutmaßt VUSR-Vorsitzende Marija Linnhoff. „Warum aber stehen für die mehr als 100.000 Branchen-Mitarbeiter, zum Beispiel in kleinen und mittelständischen Reisebüros in Deutschland, nicht 500 Millionen Euro Direkthilfe zur Verfügung?“ **Die Soforthilfe für die mittelständischen Reisebüros solle sich an den generierten Provisionen für das Geschäftsjahr 1. November 2019 bis 31. Oktober 2020 orientieren und von der Bundesregierung noch im ersten Halbjahr 2020 an die Reisebüros ausbezahlt werden**, so der Verband. Linnhoff plädiert zudem erneut für einen Rettungsfonds für die Branche. „Dieser Weg wird auch von Seiten der EU unterstützt und bietet eine europarechtlich abgesicherte Lösung, wie sämtliche Reiseunternehmer vor einer Insolvenz geschützt werden und die Verbraucherinnen und Verbraucher ihr Recht auf Rückerstattung beibehalten können.“

08.05.2020: Ist Lufthansa, Eurowings Pleite?

Der Dienstleister SABRE (Buchungssystem) kündigt den Lufthansavertrag!

Lufthansa bekommt 10 MiLLIARDEN von unseren Steuergeldern von der Bundesregierung ??

- Tui hat schon 1,8 Milliarden,
- SIXT Autovermietung 1,8, Milliarden,
- Adidas 5 Milliarden,
- Deutsche Bahn AG, 7 Milliarden,
- Thomas Cook Pleite mind.500 Millionen. erhalten.

Kurzarbeitergeld 60% mit Anrechnung auf die "sogenannte Soforthilfe". Reisebüros: - 0,00 EUR! Umsatzrückgang - 120% !

Gleichzeitig für 2020 - z.B. Diätenerhöhung im Berliner Parlament:

Jurist von Arnim nennt Diätenerhöhung „Griff in die Kasse“

Der Rechtswissenschaftler hält Berlins Parlamentsreform für verfassungswidrig. In einem Buch rechnet er ab – und hofft auf Reaktionen. Von Arnim kritisiert das Verfahren der Erhöhung und besonders die Rückwirkung.

Im Herbst 2019 hatten sich die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses mit Stimmen von SPD, Linken, Grünen, CDU und FDP die Diäten um knapp 60 Prozent von 3944 auf 6250 Euro im Monat erhöht. Plus 2.600.- Euro/Monat für Schreibarbeiten.

Dafür wurde aus dem Teilzeitparlament ein „Hauptzeitparlament“, mit längeren Ausschuss- und Plenarsitzungen.

Auch das so genannte Übergangsgeld und die Altersversorgung der Parlamentarier wurde um diesen Prozentsatz 60 erhöht. Die Parlamentarier seien nun um 51 Millionen Euro reicher. Quelle: der Tagesspiegel, RBB24.

Kommentar: Es ist sicher kein Vergleich: gleichzusetzten 60% mehr für Politiker und nur 60% Kurzarbeitergeld! Einmalig !

ACHTUNG: Viele Veranstalter stehen kurz vor der Insolvenz, viele Fluggesellschaften ebenfalls, oder haben bereits Insolvenz angemeldet. Somit sind die "Gut-Schein-Kredit" - Lösungen nichts mehr Wert!

13.05.2020: Ist TUI Pleite? - Meldung: TUI Group will rund 8000 Stellen streichen. Quelle: FVW

Kommentar: Erst 1,8 Milliarden von der Bundesregierung ungeprüft kassieren dürfen und 1 Woche später 8000 Menschen/Mitarbeiter kündigen!

TUI verweigert zudem seinen Hotelpartnern in Spanien und Asien die Bezahlung für bereits abgereisten Gäste.

22.05.2020: Lufthansa-Rettung: Geldverschwendung und Steueroasen

...wie nötig unsere Petition ist, zeigt, was nun zur Rettung der Lufthansa mit Steuergeldern bekannt geworden ist. Der Bund hilft mit 9 Milliarden einem Unternehmen, das an der Börse weniger als 4 Milliarden Euro wert ist. Der Staat bekommt dafür aber maximal 25% der Anteile. Kein Privatinvestor würde so handeln. **Das ist Verschwendung von Steuergeldern durch die große Koalition wie schon bei der Bankenrettung vor einigen Jahren.** Gleichzeitig ist nichts von steuerlichen Auflagen zu hören. Dabei ist die Lufthansa in zahlreichen Steueroasen präsent. Der Staat darf jetzt nicht wieder dieselben Fehler wie in der Bankenkrise machen. Die Rettung der deutschen Banken war im internationalen Vergleich unverhältnismäßig teuer, weil der Staat sich mit zu geringen Anteilen an den Banken hat abspeisen lassen. Zudem: **Die Lufthansa betreibt mind. 41 Tochterfirmen in Steueroasen.** Die Lufthansa sollte nun länderbezogene Steuertransparenz umsetzen und ihre Gewinne und gezahlten Ertragssteuern nach Ländern offenlegen. Wer sich mit Steuergeldern retten lässt, muss Steuertransparenz gegenüber den Bürgern groß schreiben. Und natürlich: Jede Nutzung von Steueroasen zum Steuerdumping muss beendet werden. Quelle change.org.

06.06.2020: In der Corona-Pandemie ist das Geschäft der Reisebranche eingebrochen. Doch während der TUI-Konzern Milliardenhilfen erhält, kommt bei den Kleineren der Branche bislang kaum Geld an.

Von Fabian Mader und Sabina Wolf, BR

Vielen Reisebüros droht in der Corona-Krise die Insolvenz. **100.000 Arbeitsplätze** stehen deshalb in Deutschland auf dem Spiel. Dass ausgerechnet der TUI-Konzern mit deutschlandweit rund 4.000 Mitarbeitern einen Milliardenkredit bekommt, die kleineren Betriebe mit insgesamt weitaus mehr Beschäftigten aber viele Wochen lang auf ein eigenes Hilfspaket warten mussten, könnte nach Recherchen des ARD-Politmagazins report München an einem Versäumnis der Bundesregierung liegen: Sie hat keine ausreichende rechtliche Grundlage für die Absicherung von Kundengeldern durch Reiseveranstalter geschaffen. Dies ist offenbar ein Grund dafür, dass sie nun finanzielle Risiken des Konzerns übernimmt.

Bei der TUI hatten Reisebüros, Kunden Hunderte Millionen Euro für Reisen an- oder vorausbezahlt. Der Konzern hat aber nicht die volle Summe versichert, sondern lediglich 110 Millionen Euro. So sieht es das deutsche Recht vor. Bei einer Pleite der TUI könnte es deshalb dazu kommen, dass die Bundesregierung den Reisebüros, Kunden das Geld zurückzahlen muss - und das aus Steuergeldern.

Grünen-Experte: EU-Recht mangelhaft umgesetzt

Dabei gibt es seit vielen Jahren eine EU-Richtlinie, die vorschreibt, dass Reisende bei der Insolvenz des Veranstalters in vollem Umfang geschützt sind. "Die Bundesregierung hat die Richtlinie definitiv nicht so umgesetzt, wie sie hätte umgesetzt werden müssen", kritisiert der Grünen-Bundestagsabgeordnete Markus Tressel. "Die EU-Richtlinie sagt, wir wollen eine vollumfängliche Absicherung. Vollumfänglich heißt vollumfänglich und nicht 110 Millionen", so der Grünen-Politiker, der tourismuspolitische Sprecher seiner Fraktion im Bundestag.

Was das Versäumnis der Bundesregierung bedeutet, ließ sich bereits vor der Corona-Krise bei der Pleite von Air Berlin bis zu zum Reiseveranstalters Thomas Cook beobachten. Die Versicherung des Konzerns zahlte den Kunden nur Geld zurück, bis die gesetzliche Grenze von insgesamt 110 Millionen Euro erreicht war. Für die verbleibende Summe von mehr als 200 Millionen Euro musste der deutsche Steuerzahler einspringen.

Offenbar Reform geplant: Grünen-Tourismusexperte Tressel ist überzeugt davon, dass die Bundesregierung die Zahlung über den Staatshaushalt abgesegnet hat, um Klagen von Kunden zuvorkommen. Man habe dort "die Gefahr eines Staatshaftungsanspruchs gesehen", so der Bundestagsabgeordnete.

Das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz hingegen erklärt auf Anfrage von report München, die derzeitige Obergrenze von 110 Millionen Euro sei ausreichend bemessen. Der Gesetzgeber könne keine undurchführbare und unerreichbare Deckungsvorsorge vorschreiben. Dennoch teilt das Ministerium weiter mit, es sei eine Neuregelung der Insolvenzsicherung im Reiserecht geplant. Die Eckpunkte dazu werde man in Kürze vorlegen. Fast alle Reisebüros warten noch auf Staatshilfen, müssen aber schon Zahlungen an TUI leisten.

Auch Reisebüro-Verband sieht Versäumnisse

Beim Verband unabhängiger selbstständiger Reisebüros (VUSR) ist man der Auffassung, dass dies spätestens nach der Thomas-Cook-Pleite hätte geschehen müssen. Bereits im November und Dezember habe es dazu Anhörungen von Verbänden gegeben, sagt VUSR-Vorsitzende Marija Linnhoff. Doch bislang sei kein funktionierendes Absicherungssystem für Kundengelder eingerichtet worden, obwohl dies nach Linnhoffs Auffassung möglich gewesen wäre.

Und so versucht die TUI, das Geld für die Rückzahlungen über das Darlehen der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zu bekommen. Auf Anfrage von report München teilt der Konzern mit, die Rückzahlungen seien ein wesentlicher Grund für die Beantragung des KfW-Kredits gewesen.

Ausländische Investoren dürften sich über die großzügigen Staatshilfen freuen -zum Beispiel in Russland und Spanien. **Denn die TUI gehört, so steht es im aktuellen Geschäftsbericht des Konzerns, zu 24,9 Prozent der Firma Unifirm Limited. Diese hat ihren Sitz auf Zypern und wird von Familienmitgliedern des russischen Oligarchen Alexej Mordaschow kontrolliert.** Weitere 3,6 Prozent der Aktiengesellschaft sind dem Geschäftsbericht zufolge in Besitz der spanischen Riu Hotels S.A.

Kommentar: Leider sind die Rückzahlungen an die Reisebüros immer noch nicht erfolgt! Auch die Fluggesellschaften verweigern für die stornierten und bereits bezahlten Flüge die Rückzahlungen an Reisebüros und Kunden.

06.06.2020: Die Bundesregierung versendet Rechnungen an die zurückgeholten Menschen. So soll ein Teil der Kosten von 94 Millionen aus Steuergeldern wieder eingefordert werden. Dabei habe die Reisebüros/Kunden den Rückflug bereits bei den Airlines bei Buchung voll bezahlt. **Wo sind die Gelder geblieben? Caymann Inseln?**

Ursache: siehe unten >> von der Bundesregierung ungenügend umgesetztes EU-Recht. Pauschalreise Gesetz... siehe auch Offene Briefe an Politiker.

13.08.2020: Seit dem 18.03.2020 bis heute wickeln wir als Reisebüro alle bereits gebuchten Reisen von ca. März 2019 bis Ende z.Zeit Ende September 2020 ab. Die Stornierungen haben wir nicht zu verantworten.

Wir als Reisebüro erhalten für unsere Leistung Beratungen / Arbeit / keinen Lohn oder Kostenersatz.

Die Konzerne erhalten Milliarden an Steuergelder. Wir Reisebüro erhalten nichts. Die sogenannten Überbrückungshilfen helfen uns im Moment nicht, da die Beantragung mit erheblichen Zeitaufwand betrieben werden muss. Zudem zu kompliziert und die die Technik funktioniert nicht. Zusätzlich ist es mit einem erheblichen Aufwand der Reisebüros und den Steuerberatern verbunden. - Hier fallen zwangsweise Steuerberatungskosten von 500.- bis 1.000 EUR pro Vorgang an.

Gerne stehe ich Ihnen für ein persönliches Beratungsgespräch zur Verfügung.

Über eine Weiterempfehlung freue ich mich !



Mit den besten Grüßen aus der Seeräuberstadt Hamburg

Ihr Helmut Singer

REISEN & VERSICHERUNGEN seit 1984

und Vermittlung von Immobilien

Stüffelring 39 | D - 22359 Hamburg

Telefon: +49 (0)40-604 84 53 | Telefax: +49 (0)40-604 416 81 | Mobil: 0172-750 77 51

E-Mail: singer.reisen.versicherungen@web.de

MeinInternet: www.singer-reisen-versicherungen.de



QR Code scannen

Und mehr Informationen

BERATUNG | PERSÖNLICH